

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861**

5.9.1861 (No. 209)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 5. September.

N. 209.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einzugsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

## Die Gewerbebefreiung in Württemberg und Bayern.

(Schluß.)

Wir haben die bezeichnendsten Beschlüsse der württembergischen Kammer kennen gelernt und wenden uns nunmehr zu den Verhandlungen der bayerischen Abgeordneten. Es ist bereits bemerkt, daß alle Führer und alle hervorragenden Mitglieder der Versammlung, mit einziger Ausnahme des ultramontanen Dr. Ruland, für die Gewerbebefreiung sprachen oder doch stimmten, und daß die gegnerische Majorität der 69 Stimmen sich aus einer wunderlichen Mischung der untergeordneten Mitglieder aller Parteien zusammensetzte, was ein niederbayrischer Abgeordneter ganz offenherzig mit dem Gesändnis einräumte, daß man sich in dieser Frage leider von der Intelligenz scheiden mußte. Die Argumente der Gegner der Gewerbebefreiung beschränken sich wesentlich auf die Behauptung, daß in den Ländern der Gewerbebefreiung die ökonomischen Verhältnisse traurig geräthet seien, während die glücklichen Zustände Bayerns von aller Welt beneidet würden, daß z. B. die Steuerkraft der preussischen Rheinlande erschöpfend abgenommen habe, die Rheinpfalz die Beute eines zahlreicheren Proletariats werde u. s. w. Daran knüpfte sich mehrfach die noch lächerliche Phantasie, mit der Gewerbebefreiung werde die altbayrische Treue gegen König und Vaterland schwanden und das Land den schrecklichen Agitationen der „radikal-national-sozial-liberalen“ Partei (wie sich ein geistreicher Redner, Kapellensänger Wodak aus dem Ballfahrtsortie Altitting ausdrückte) preisgegeben werden. Gegen solche Gründe ließ sich freilich wenig sagen — denn wer nicht weiß, daß die Rheinlande mit Bequemlichkeit etwa das Dreifache von dem Steuern, was in Bayern gezahlt wird, vor sich einbildet, daß die behäbige ökonomische Lage mancher Theile Altbayerns von den Realrechten und dem Gewerbezwang herrühre, oder daß die Gesamtzustände Bayerns von den übrigen Deutschen beneidet würden, der beweist nur, daß er weder Bayern noch Deutschland kennt, und sich überhaupt auf einer Stufe wirtschaftlicher Bildung befindet, welche jede fruchtbarere Erörterung einer so schwierigen Frage ausschließt. Dennoch brachte die Debatte eine Fülle widerlegender Thatsachen, wie die, daß aus Bayern viermal so viel Gewerbsleute auswandern als Bauern, daß bis zum Austausch der Gewerbebefreiung die Lage des bayerischen Handwerks von den Beihilftigen stets in einem eben so ungünstigen Lichte dargestellt wurde, als sie nun plötzlich zu einem unerreichbaren Ideal verwandelt wird, daß in Bayern das schreckliche aller Proletariats, das der unehelichen Kinder, mehr als irgendwo grassirt. Den schimmlichen Beweis aber gegen den bisherigen Zustand des bayerischen Gewerbes lieferten die von zahlreichen Gewerbevereinen bei der Kammer eingelaufenen Adressen gegen den Bräter'schen Antrag; in diesen Schriftstücken ist eine Unwissenheit, Unduldsamkeit und Einbildung angehäuft, die sich nicht hätte festsetzen können, wenn das bayerische Handwerk nicht seit vielen Jahren in der zuversichtlichsten Ausbeutung des Privilegiums versäumt hätte, der volks-

wirtschaftlichen Bildung der Zeit zu folgen und sich sowohl mit den Zuständen der eigenen Heimath, als mit denen der Nachbarländer bekannt zu machen. Zugleich aber klingt durch diese fanatischen Exhortationen der Junfmeister und Realrechtsbesitzer ein Ton der Angst, des Misstrauens in die eigene Kraft, eine freiere Konkurrenz zu bestehen, wie er nirgends in Deutschland laut geworden ist. Es sind das wirklich recht bedenkliche Verhältnisse, die nur durch die lange Abgeschlossenheit des bayerischen Lebens erklärt werden und über deren fernere Entwicklung nur die Nüchternheit und Tüchtigkeit der Volkstämme beruhigen kann, welche mit starken Bruchtheilen dem bayerischen Staat angehören.

An dem baldigen Siege der Gewerbebefreiung auch in Bayern zweifeln offenbar selbst diejenigen nicht, welche mit der heftigsten Aufregung gegen sie perorirten. Es handelt sich hier nur um einen Aufschub, nicht um eine definitive Abwehr. Irren wir nicht, so hat diese Ueberzeugung in vielen bayerischen Staatsmännern längst sich Bahn gebrochen, und seit Jahren beschäftigt man sich in München mit dem Gedanken, wie man den einmal unvermeidlichen Uebergang möglichst erleichtern könne. Leider hat diese Ueberzeugung bis heute keinerlei Frucht gebracht, und wenn man sich erinnert, daß bereits dem Gewerbegesetz von 1825 von seinen Urhebern die Tendenz eingepflanzt wurde, allmählig zu völliger Freiheit hinüberzuleiten, daß aber statt dessen die Praxis namentlich seit 1834 den Mißbrauch der Realrechte von neuem schrankenlos hereindrehen ließ, so wird man geneigt, die von einigen hervorragenden Rednern geäußerte Beforgnis zu theilen, daß es nichts nützen werde, jetzt abermals ein Uebergangs- und Vorbereitungsstadium einzutreten zu lassen. So lange die Realrechte mit ihrer ausschließlichen Berechtigung in vielen Gewerbezweigen bestehen und so lange die Magistrats- und Vorkonzeptionsämter junger Meister zu entscheiden haben, so lange wird trotz aller Bemühungen der bisherige Zwang mit unerheblichen Milderungen sich behaupten; eine dreißigjährige Gewerbebefreiung wird ihren Druck üben, bis ein ganz neuer Weg betreten ist. Und mit diesen unfruchtbareren Experimenten werden kostbare, unviederbringliche Jahre verloren, werden die Gegensätze unendlich geschärft, werden die heute noch vorhandenen Kapitalien der vom Wechsel bedrohten Gewerbsleute in einem eifernen Kampfe erschöpft. Wenn man jetzt in Bayern einen umsichtigen und tapferen Entschluß faßt, träte das Königreich zugleich mit den angrenzenden Ländern, mit Sachsen, Württemberg, Baden in die neue Bahn der Gewerbebefreiung ein, und das so gefährdete Einströmen fremder Handwerker würde natürlich in einem Moment am wenigsten stattfinden, wo sich der freie Betrieb zugleich aller Dreyen öffnet. Wenn aber Bayern zögert, wenn es sich mit einer milden Praxis des Konzessionsystems die Jahre verdirbt, in denen die Nachbarn die volle Freiheit bei sich einbürgern und den überall schwierigen Uebergang durchmachen, und wenn es dann die Schranken wegräumen muß, so wird ja dann notwendig von allen Seiten ein mächtiger Strom von unternehmungslustigen Geschäftseleuten auf ein Gebiet sich stürzen, in dem ihnen alle Vortheile gesichert sind. Indem Bayern die Frage der Gewerbebefreiung vor aller Welt so erörtert, daß Jedermann den baldigen Sieg dieser Freiheit mit vollkommener Sicherheit voraussieht, und indem es zugleich den günstigsten Moment versummt, forbert es die Gewerbsleute aller deutschen Staaten heraus, zeitig und mit voller Mühe das bayerische Absatzgebiet zu studiren, um es in demselben Augenblick zu überfluthen,

wo der unweise Widerstand gegen einen unerläßlichen Fortschritt unmöglich werden wird.

In der That, auch in München werden sibyllinische Bücher verbrannt, wie der Abgeordnete Lauf klagte, und die Staatsmänner, welche heute die Schwierigkeiten zur Seite schieben und dem Drang der Zeit dürftige Palliative entgegen werfen, werden nur zu bald inne werden, welche wahrhaft unüberwindlichen Kalamitäten durch die Nachgiebigkeit gegen weitverbreitete Vorurtheile und eigene Lieblichkeitstheorien über das Land gebracht werden. Die wahre Staatsweisheit kommt dem Zwang der Verhältnisse zuvor und beschleunigt heute mit freiem Entschluß und der Macht, einer neuen Entwicklung die Bahn vorzuzeichnen, was sie morgen gezwungen und von der Bewegung in Irwege gedrängt concediren muß. Das „noch nicht“ des Herrn v. Schrenk war zu allen Zeiten der Vorläufer des „zu spät!“

In den gestrigen Leitartikel haben sich mehrere fälschliche Druckfehler eingeschlichen. In der sechsten Reihe desselben muß es heißen: „über die Ordnung des Gewerbesens“ statt „Herwesens“, und in der Mitte der zweiten Spalte war gesagt, daß die Minorität der bayerischen Kammer durch vier weitere Stimmen zur Majorität geworden wäre, statt „durch eine weitere Stimme“.

## Deutschland.

\* Karlsruhe, 4. Sept. Gestern Abend hat in dem Saale des Bürgervereins eine Versammlung der hiesigen Mitglieder und Freunde des Nationalvereins stattgefunden. Es hatte sich dazu Hr. Dr. Ladenburg von Mannheim eingesunden; Hr. Georgi von Eplingen, der ebenfalls eingeladen worden war, war zu kommen verhindert. Die Vorträge, welche gehalten wurden, waren im Wesentlichen nur Referate über die Generalversammlung in Heidelberg, verbunden mit Anregungen, zu denen die dort gefaßten Beschlüsse den Anlaß boten. Da wir s. Z. über die Heidelberger Versammlung ausführlich berichtet haben, können wir uns über die gestrigen Verhandlungen um so kürzer fassen. Hr. D. G. Advokat Busch eröffnete die Sitzung mit Mittheilungen aus dem Geschäftsbericht des Vereins. Wir erwähnen daraus u. A., daß die Zahl der Vereinsmitglieder im Großherzogthum Baden sich gegenwärtig auf 11 bis 1200 beläuft, die sich auf Weinheim, Mannheim, Eberbach, Karlsruhe, Pforzheim, Lahr, Müllheim und Schopfheim vertheilen; zu einigen andern Orten seien neue Vereinsbildungen zu erwarten. Die Zahl der Karlsruher Mitglieder beträgt 106. Nach Hr. Busch ergriff Hr. Dr. Ladenburg das Wort, um über die Heidelberger Verhandlungen über die deutsche Frage Bericht zu erstatten, und den in dem betr. Beschluß niedergelegten Wunsch zu erläutern, daß bei den Abgeordnetenwahlen solche Männer zu wählen seien, welche für die nationale Sache im Sinne des eben erwähnten Beschlusses zu wirken entschlossen seien. Den letztern Punkt griff Hr. Prof. Hauser auf, um ihn im Hinblick auf die bevorstehenden badischen Abgeordnetenwahlen noch näher zu spezifiziren. Es dürfte namentlich hervorzuheben sein, daß der Redner der Bildung einer über den Standpunkt des Ministeriums hinausgehenden Fortschrittlichkeits- beziehungsweise Oppositionspartei in der Zweiten Kammer in dem Sinn das Wort redet, wie diese Idee in den letzten Nummern der „Bad. Landeszeitg.“ verfochten wird. Ihm folgte Hr. Kunsthändler Holzmänn, der über die Heidelberger Verhandlungen, betr. einheitliche Organisation und Repräsen-

## \* K. Eine Frage und ihre Folgen.

(Fortsetzung.)

„Als ich auf dem Fußweg stand, sah ich den Kutscher sitzen an, er befragte mich, mit Zinseszinsen und einem Seitenblick.“  
„Na, also“, sagte ich, „was willst Du?“  
„Oh, nichts... Sie sind ein Herr?“  
„Ries Du die Zeitungen, Kutscher?“  
„Versteht sich, mein Herr, besonders die zweite Spalte der „Times“.“  
„Du, wohin fuhrst Du den Seeladetten, nachdem ich von Euch fort war?“  
„Nach dem Eccleston-Platz, und dann gab mir das junge Frauentimmer — bitt' um Entschuldigung, der junge Herr — zwei Sovereigns, und hieß mich fortfahren, und mich nicht umsehen.“  
„Du hast, als fuhrst Du fort?“  
„Ja, mein Herr.“  
„Du sahst Dich um?“  
„Ja, mein Herr.“  
„Du weißt, wo der Seeladett hin ging?“  
„Ja, mein Herr.“  
„Du hast nicht viel?“  
„Nein, mein Herr.“  
„Nun sag' mir aber, warum Du keine Anzeige bei der Polizei gemacht hast?“  
„Oh! aus mehreren Gründen. Erstens bin ich freilich nur ein armer Teufel von einem Kutscher, oder ich hab' auch ein Herz und mich' einen jungen Herrn nicht verrathen gehen, der mir zwei Sovereigns gegeben hat.“  
„Wahrscheinlich“, fiel ich ein.  
„Zweitens, setzen Sie, bin ich nie gern hart mit Frauenzimmern.“

„Mensch, hältst Du mich für einen Pinfel?“

„Zum Dritten, setzen Sie, bin ich schon mehr als einmal in der Dinte gewesen, und hab' die Polizei nicht gern, und mag eben mein Gesicht irgend warum vor ihr nicht sehen lassen.“

„Nun, Das kann ich verstehen“, sagte ich. „Da, da hast Du einen Sovereign — mit wirt' Du doch wohl unbedenklich sagen, wohin der Kadett ging?“

„Nun, Herr — unbedenklich; aber Sie haben meinen vierten und Hauptgrund, warum ich nicht auf die Polizei ging, nicht gehört. Die Sache ist, ich wußte nicht, wo zum Teufel der Kadett hin ging. Ich sah nicht bald genug um. Ich war mit ihr auf Nummer 1 am Eccleston-Platz zukutschirt, und wie ich mich umsah, war sie weg; ich fuhr also wieder auf Nummer 1 zu. Ein Lakai kommt an die Thür; ich sag' also, „Johann, dein junger Herr hat was in meiner Droschke liegen lassen.“ „Nun, dich zum —!“ sagt er. „Oh ja,“ sag' ich, „auf jeden Fall; aber da, da ist eine halbe Krone, Johann Thomas, und Du sagst mir, wo dein junger Herr ist.“ Er steckte meine halbe Krone ein, und sagte mir dann, der Seeladett gehe das Haus nicht an, er habe bloß gefragt, ob hier nicht Sir Jasper Blares wohne, und als man ihm gesagt „Nein,“ sei er schleunig fort um die Ecke. Ich verlangte also von dem Lakai meine halbe Krone wieder oder jedenfalls solle er mitkommen, sie vertauschen. Da sagte der gemeine Kerl, wenn ich mich nicht augenblicks meines Weges schere, so ließ' er mich arretiren. Ich sah einen Polizisten den Platz herauf kommen — fuhr also davon. Vom Seeladetten weiß ich denn so wenig, wie Sie. Müßt' ich mehr, meinen Sie denn, ich ginge nicht auf die Polizei und krieg' fünfshundert Pfund anstatt dem Sovereign da — bei alledem, Ihnen sehr oblißlich für 'nen „Guten Tag, mein Herr.“

Herr fuhr er.

„Angeführt von einem Droschkenkutscher!“ war mein Ausruf. Nun,

hatte ich doch die geheimen Polizisten angeführt; das war ein Trost.

Ein Halbjahr verging, und abermals befand ich mich in des Polizeigängers Hause. Die Belohnung für die flüchtige Dame war inzwischen auf die außerordentliche Summe von tausend Pfund erhöht worden, wogegen die für den Herrn wegblich.

„Nun, Hr. Sharp, noch keine Nachricht von der Flüchtlingin?“

„Nicht ein Winkchen, Herr Stenhouse, nicht ein Winkchen.“ Es ist ganz merkwürdig. Hätt' ich doch nie gedacht, daß man uns Agenten so überlisten könne; und — lassen Sie sich noch sagen, Herr Stenhouse, daß in den Zeitungen die Belohnung zwar auf tausend Pfund erhöht ist, und aber wirklich drei tausend Pfund geboten sind; mir hält man's nicht für Lug, eine so hohe Belohnung auszukuntdigen. Sie würden sich wundern, wenn Sie wüßten, was für Mittel ergriffen worden sind, um sich der jungen Dame zu versichern, und Alles umsonst. Ein Agent an jeder Bahnstation außerhalb London's — einer in jedem Hauptorten in England; alle Logihäuser, Koffhäuser und öffentlichen Versammlungsorte in der Stadt sind scharf im Auge gehalten worden; nach jeder Grasschaft in England ist ein Agent geschickt worden, um herum zu spähen — in Wirthshäuser, Nachtstube, Schulen und an jeden Ort sonst hin zu gehen, wo er die Nase, nach dem Gesetz oder gegen das Gesetz, hinein stecken kann; falsche Anzeigen zum Fangen sind in den Zeitungen eingerückt worden; aber Alles umsonst. Wir wollen sie aber doch noch kriegen. Die Belohnung wird übrigens nicht ausgezahlt, wenn sie nicht in einem Jahr von dem Datum an entbedt ist.“

„Sie finden sie nicht, müßt' ich voraus glauben“, sagte ich.

„Wir finden sie, Herr Stenhouse“, versetzte er.

(Fortsetzung folgt.)

tation der deutschen Industrie in der 1862er Londoner Ausstellung, referirt. Seiner etwas pessimistischen Auffassung legt Hr. Dr. Ladeburg vorerst doch noch ein größeres Vertrauen auf die deutschen Regierungen entgegen.

Es tritt nun eine kurze Pause zu geschäftlichen Zwecken ein, worauf Hr. Advokat Levinger einen längeren Vortrag über die Heidelberger Verhandlungen, betr. die Gründung einer deutschen Flotte, hält, verwandte Elemente aus dem ganzen Umkreise der deutschen Frage einleitend. Dasselbe Thema führte Hr. Prof. Baumgarten dann noch weiter aus. Wiederholt wird der Wunsch ausgesprochen, daß auch diejenigen, welche dem Verein nicht angehören, sich bei diesem echt patriotischen Unternehmen betheiligen möchten, zu welchem Behufe der Vorstand Beiträge entgegennimmt. Noch spricht Hr. Prof. Waldner über die Nothwendigkeit einer deutschen Flotte für die Handelsmarine der einzelnen deutschen Staaten, worauf der Vorsitzende die Sitzung schließt. Sämmtliche Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen; die Versammlung war übrigens nicht sehr zahlreich besucht.

(1) **Mannheim**, 3. Sept. Der jüngst ernannte Oberhofrichter, Hr. v. Marschall, führte heute zum ersten Male den Vorsitz in der öffentlichen Sitzung des Oberhofgerichts. Sämmtliches Dienstpersonal dieses Gerichtshofes wurde dem Vernehmen nach Sr. Excellenz dem Frhrn. v. Marschall gestern Vormittag bei Uebernahme des Dienstes vorgestellt. — Im Theaterkomitee entsteht durch den Austritt des Hrn. Achenbach aus demselben eine merkwürdige Lücke, die man durch den ehemaligen Oberbürgermeister Hrn. Dissen ausfüllen zu können glaubte, der aber, wie wir hören, auch diese Stelle nicht annehmen zu können erklärt hat. Die Wahl in den Gemeinderath und kleinen Ausschuss dahier werden wahrscheinlich erst nach vollzogener Uebernahme der Landtagsabgeordneten vorgenommen werden, welche jedenfalls noch im Laufe dieses Monats anberaumt wird. Nach längerer Pause haben die hiesigen Mitglieder des deutschen Nationalvereins am Freitag den 6. September im Saale des Badener Hofes dahier wieder eine Versammlung. Die deutsche Frage, die kurbessische und schleswig-holsteinische Angelegenheit, in Verbindung mit der Flottenfrage, die Wehrvereine und die Londoner Industrieausstellung stehen auf der Tagesordnung. Bei diesen wichtigen Vorlagen darf man wohl erwarten, daß der aus den jüngsten Wahlvorgängen entsprungene Groll schwinden wird, und die beiden, doch immerhin der freisinnig-nationalen Richtung angehörenden Parteien unter dem schwarz-roth-goldnen Banner einen Wiedervereinigungspunkt finden werden.

**Mannheim**, 4. Sept. (Mannh. Z.) Von Seiten der hiesigen Stadt sind zwei Neuwahlen für den nächsten Landtag nöthig, da Hr. Abg. Heuser sein Mandat niedergelegt hat und Hr. Abg. Achenbach durch das Loos ausgeschieden ist. Gutem Vernehmen nach sind für die Neuwahlen die Hrn. Oberbürgermeister Achenbach und Obergerichtsadvokat Dr. Ladeburg in Aussicht genommen. — Nachdem gestern die Bestätigung der Oberbürgermeisterwahl Seitens der Kreisregierung erfolgt ist, findet heute die amtliche Verpflichtung des Hrn. Oberbürgermeisters Achenbach statt, der von jetzt an seine Funktion antritt.

++ **Wolfach**, 3. Sept. Die großh. Regierung hat, nachdem dahier eine Bürgermeistereiwahl nicht zu Stande gekommen, den Kaufmann Johann Georg Armbuster als Bürgermeister auf 3 Jahre eingesetzt. Die Gemeinde ist mit dieser Ernennung sehr zufrieden und der großh. Regierung zum Danke verpflichtet.

X **Von der Wuttach**, 4. Sept. Die Eisenbahnbauten in unserer Gegend — Strecke Waldshut-Schaffhausen — und namentlich deren schwierigste Punkte, die Brückenbauten, sind im raschen Fortschreiten begriffen. Der Brückenbau über die Schlucht ist bis zur Aufstellung des Gitters fertig. Das besonders kostbare Werk, die Brücke über die Steinach (Steinfonstruktion), ist fast zur Hälfte der projektierten Höhe (über 70') gewachsen, und man hofft den Schlußstein noch vor Beginn der kalten Jahreszeit legen zu können. Die in Ansehung der nicht gar bedeutend entwickelten Arbeitskräfte in so kurzer Zeit erzielten überraschenden Resultate dürften der vorzüglichen Leitung zum besondern Lobe gereichen. Die hohen Erdämme ab Tunnel bei Fahrhaus und solche auf den Gemäurungen von Thingen und Oberlauchringen zeigen, daß auch dieser Theil der Arbeiten gleichen Schritt geht. Ebenso sind die Fundamentarbeiten des Stationsgebäudes bei Thingen schon in Angriff genommen. — Durch die heuer wieder vorgetretene Kartoffelkrankheit sind auch bei uns einzelne Landwirthe in Schaden gesetzt; im Ganzen entfehlt aber kein Ausfall und man sieht solche schöne und große Erdäpfel, wie seit mehreren Jahren dies der Fall nicht war. Das Dehmdertägig ist in jeder Beziehung befriedigend ausgefallen.

\*\* **Stuttgart**, 3. Sept. In der Zweiten Kammer ist dieser Tage der Etat des Ministeriums des Innern durchberathen und an den zum Theil sehr bedeutenden Erträgen kaum etwas, nur ein ganz unbedeutender Betrag gestrichen worden. Für Straßbauten und Anderes wurden der Regierung sogar höhere Beträge angeboten.

Heute war die k. Preserverordnung vom 22. Febr. 1861, wodurch die frühere vom 7. Jan. 1856 in Folge des Bundespressgesetzes von 1854 erlassene Preserverordnung in allen Punkten gemildert wurde, in Berathung. Die Kommission, welche einhellig der Ansicht ist, daß auch diese neueste Verordnung nicht als rechtsgiltig erlassen zu betrachten sei, stellt mit allen Stimmen den Antrag: „Die frühere Bitte an die k. Staatsregierung um Vorlegung auch der preßpolizeilichen Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 über die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse zur Berathung mit den Ständen dringend zu erneuern und auch die neue Verordnung für die Gesetzgebung zu reklamiren.“

Hölder bestritt das Recht des Bundes, in der Art in das Verfassungsrecht der Einzelstaaten einzugreifen, wie es im Beschlusse vom 6. Juli 1854 in Betreff der Presse

geschehen sei, und greift den Minister v. Linden in scharfen Worten an, der sich zu der entgegengelegten Ansicht bekennt. Redner hält es mit der Würde und Stellung der Kammer nicht für vereinbar, eine bereits abgeschlagene Bitte abermals zu wiederholen. Er glaube, daß die Kammer einfach ihre rechtliche Ueberzeugung in dieser Sache aussprechen und erklären sollte, daß sie formell die fragliche Verordnung, wie auch die frühere, nicht als rechtsverbindlich ansehe, wornach sich dann die betreffenden Behörden zu richten hätten. Er stelle den Antrag hierauf. Sarwey widerlegt die vom Justizminister früher aufgestellte Behauptung, daß die Bundesgesetzgebung schlechthin dem Landesrechte vorgehe. Nach seiner Ansicht fallen die preßpolizeilichen Bestimmungen nicht unter die in §. 3 der Verf.-Urk. aufgeführten organischen Beschlässe des Bundes, welche durch einfache Proklamation Gesetzeskraft erlangen. Redner beruft sich auf die von der Minorität für ihre Ansicht früher vorgebrachten Gründe.

Minister Frhr. v. Linden verteidigt den Justizminister wegen der eben erwähnten Äußerung mit dem Hinzufügen, daß, so lange §. 3 in der Verfassung stehe, jeder württembergische Minister an demselben festhalten müsse. Wie man sagen könne, daß die Angelegenheit nicht geregelt werde, so lange er im Amte sei, begreife er nicht, da bereits ein ausgearbeiteter Pressezugentwurf vorliege. Da man sich aber sagen mußte, daß derselbe nicht so bald erledigt werde, so habe man, um den Wünschen der Kammer gerecht zu werden, seinen andern Weg gehabt, als mittelst Verordnung diejenigen Vortheile zu bieten, welche man gewollt habe. Dies sei der einzige Weg eines entgegenkommenden wohlwollenden Verfahrens gewesen. Er sei keineswegs der Ansicht, daß die Preszverhältnisse im Wege der Verordnung geregelt werden sollen, sondern er wünsche eine gemeinsame Grundlage für die deutschen Preszangelegenheiten; man soll daher mit Berathung des Preszgesetzes so lange warten, bis eine allgemeine Basis hergestellt sei. Dieser Grund allein habe ihn veranlaßt, mit der Proposition eines Preszgesetzes-Entwurfs noch zuzuwarten. Die Regierung habe nur zunächst materiell erreichen wollen, was zu erreichen war. Daß die Regierung von der besten Absicht befehl gewesen sei, materiell den Wünschen in der Presse entgegenzukommen, dafür spreche die Thatsache (die erlassene Verordnung). Er möchte den Streit nicht wieder aufs neue angesacht wissen, in einem Augenblick, wo man materiell so ziemlich auf gleichem Boden stehe, und wo ein Theil der Repräsentation des Landes seine Ansicht noch gar nicht ausgesprochen habe.

Man erinnert an §. 28 der Verf.-Urk., welcher die Freiheit der Presse und des Buchhandels im vollen Umfang, unter Beobachtung der gegen etwaige Mißbräuche zu erlassenden Gesetze, garantirt. Damit sei der Weg der Gesetzgebung ausdrücklich als der allein maßgebende bezeichnet, und die Regierung könne sonach einem Bundesbeschlusse, welcher die Landesgesetzgebung in Preszangelegenheiten beinträchtigt, nimmermehr zustimmen. Es werde im Interesse der Sache und des Rechts liegen, daß die Kammer, gegen welche mit der Bundesgesetzgebung vorgefahren worden ist, endlich sich zu einem bestimmten und entschiedenen Beschlusse ermannen. Es störe keineswegs die Ordnung, wenn man von den Behörden und Gerichten verlange, daß sie nur solche Verordnungen zur Anwendung bringen, welche in wirklich verfassungsmäßiger Form erlassen seien.

Wie ich hebt die politische Seite der Sache hervor, die es dringend wünschenswert mache, die Preszgesetzfrage so bald als möglich zu erledigen, und erinnert an den Jündhoff, den gerade sie im Jahr 1848 geliefert. Wenn der Bund fort und fort in die Preszgesetzgebung eines einzelnen Landes eingreife, so werde eben fortwährend Zwiespalt und Uneinigkeit hervorgerufen. Die Verordnung vom Februar 1861 biete keine Garantien, und es sei seine Ansicht, daß die Regierung gerade in gegenwärtigen Zeiten in versöhnlichem Geiste entgegenkommen und eine baldmöglichste Vorlegung eines Preszgesetzes im Auge haben sollte. Man wisse wohl, daß keine schrankenlose Preszfreiheit eingeführt werden könne, sondern daß man Schranken gegen den Mißbrauch ziehen müsse; aber dies müsse auf ganz andern Wege geschehen, als auf dem des Bundesbeschlusses vom Jahr 1854. Die Regierung sollte daher nicht zuwarten bis zu einer allgemeinen deutschen Preszgesetzgebung, sondern baldmöglichst ein Preszgesetz vorlegen, wodurch vielem Unheil und Hader vorgebeugt würde.

Minister v. Linden: Die Regierung könne keinen andern Wunsch haben, als auf diesem Boden anerkanntes Recht zu haben. Gerade der Standpunkt, welchen der Abg. Würzel angedeutet habe, sei derjenige, auf welchem er, der Minister, stehe. Er könne sich jedoch Angesichts des Art. 18 der Bundesakte nun einmal nicht von der Ansicht trennen, daß der Bund berechtigt sei, die Preszangelegenheiten zu ordnen. Bei einem Staatenbunde wie der deutsche müssen über Preszstände allgemeine in gleicher Weise gültige Bestimmungen aufgestellt werden; hier vor Allem sei Einheit des Rechts erforderlich. Wenn man dem Bund überhaupt das Recht abspreche, eine allgemeine Grundlage für die einzelnen Länder in Preszangelegenheiten zu geben, so sei eine so sehr wünschenswerthe Verständigung zwischen Regierung und Ständen gar nicht möglich. Wenn man sage, daß unter seiner Mitwirkung ein liberales Preszgesetz nicht zu Stande komme, so tröste er sich neben seinem Bewußtsein mit der Erfahrung, daß ihm seine Gegner wenigstens nicht nachsagen können, daß er sich nach der Zeitströmung und nach dem Winde richte, und sich ducke, um nachher wieder sich aufzurichten; vielmehr halten ihn seine Gegner in dieser Hinsicht gottlob für unverwundlich. Es handle sich um das Verhältniß des Bundesrechts zum Landesrecht, und er sei überzeugt, daß, wenn die Verhältnisse des Bundes andere wären, gewiß Jedermann zu dem Grundsatz sich bekennen würde, daß der Theil dem Ganzen zu folgen habe. Diesem Grundsatz aber nicht zu huldigen, weil Einem die Anwendung nicht gefalle, finde er nicht für gerechtfertigt. Er müsse bitten, seine Verfassungstreue nicht zu verächtlichen, aus dem Grunde, weil er das Bundesrecht ehre und achte.

Probst fährt aus, daß man ein Preszgesetz auf Grundlage unserer Landesgesetzgebung haben wolle, wobei man völlig unabhängig sein wolle von den Einflüssen der Bundes-Preszgesetzgebung.

Es folgen jetzt noch einige zwischen dem Abg. Hölder und dem Minister v. Linden gewechselte persönliche Bemerkungen, die wir übergehen, um sogleich das Resultat der Abstimmung mitzutheilen. Hölder's Antrag wird mit 54 gegen 31 Stimmen verworfen und der Antrag Sarwey's mit 50 gegen 35 Stimmen angenommen. Der Antrag Sarwey's ist nichts Anderes, als der Kommissionsantrag mit Vorsetzung der Motive.

○ **Stuttgart**, 3. Sept. Se. Maj. der Königin ist am letzten Samstag mittelst Extrazugs von Bruchsal von seiner Nachkur in Wiesbaden wieder hier eingetroffen, hat sich aber schon gestern nach Friedrichshafen begeben, wo morgen das Geburtsfest Ihrer Maj. der Königin im Familienkreise gefeiert werden wird. Der König wird am Freitag wieder hier erwartet und am Montag den großen Kriegsübungen unseres Truppenkorps im Lager bei Königs anwohnen. Die Rückkehr der übrigen Mitglieder der königlichen Familie soll erst Mitte oder gegen Ende dieses Monats vor dem Geburtsfeste des Königs erfolgen, das dieses Jahr, wo der König sein 80. Jahr vollendet, von den Bewohnern der Residenz und in dem nahen Kannstadt auf ganz besonders solenne Weise gefeiert werden wird.

**Nürnberg**, 2. Sept. (N. C.) Gestern tagte hier eine Versammlung von Abgeordneten bayrischer Turnvereine, welche die Gründung eines bayrischen Turnbundes beschloßen und zum nächsten Vorort München bestimmten.

++ **Vom Main**, 3. Sept. Bekanntlich sind die vorhandenen Bundesfonds von je her beim Hause Rothschild verzinslich angelegt. Wie bedeutend dieselben zur Zeit sind, mag die Notiz ergeben, daß, obgleich nur zweiprozentige Zinsen berechnet werden, doch bloß für das erste Halbjahr 1861 die Summe von beinahe 52,000 fl. an Zinsen gewonnen wurde.

**Kassel**, 1. Sept. (N. K.) Heute hat eine umfassende Beurteilung der Infanterie stattgefunden. Es steht diese Maßregel mit dem Gesundheitszustand der hiesigen Garnissen im innigen Zusammenhange, indem man dadurch mehr Raum in den Kasernen gewinnen will, wo die Mannschaft zu eng zusammen lag. Die vorgekommenen Erkrankungen (Typhus) haben die Zahl 400 überstiegen; bis heute sind bereits 16 Todesfälle vorgekommen.

**Kassel**, 1. Sept. Auf das Dankschreiben an den Reichsraths-Abgeordneten Rechaue in Wien wegen dessen Auftretens in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit ist dieser Tage an die Bürger der Stadt Kassel folgende Antwort erfolgt:

Hochverehrte Herren! Durch das mir zugewohnte verehrliche Schreiben, dt. 19. d. M., womit die hochansehnliche Bürgerchaft von Kassel ihren Dank an mich und meine Gefinnungsgenossen für die im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsraths an das Ministerium des Aeußern in Betreff der kurbessischen Verfassungsfrage wiederholt gestellte Interpellation auszusprechen so gültig war, fühle ich und meine Gefinnungsgenossen, welche ich von diesem verehrlichen Schreiben sogleich in Kenntniß setzte, uns in hohem Grade geehrt. Wenn etwas unsere Freude über diese Auszeichnung zu schwächen vermag, so ist es nur das Bewußtsein, daß das Verdienst dessen, was wir in dieser Sache gethan, in keinem Verhältnisse zu der Größe der uns zu Theil gewordenen Auszeichnung steht. Einem Volke, das mit solcher Einmüthigkeit, Ausdauer und solchen Opfern, und zugleich mit so strenger Einhaltung der Bescheidenheit für ein wohlverdientes, durch zwanzig Jahre in unangenehmer Rechtsverwirrung befangenes verfassungsmäßiges Recht kämpft, wie das mannhafte Volk der Hesse, muß das wärmste politische Mitgefühl, die Achtung und Bewunderung nicht bloß seiner deutschen Brudervölker, sondern aller Völker, denen verfassungsmäßige Freiheit und Recht heilig ist, zu Theil werden. Die Frage des hiesigen Verfassungsstreits ist ja keine bloße lokale oder nationale, sondern eine Frage, die solidarisches Interesse aller Völker liegt, die sich eines verfassungsmäßigen Rechtszustandes erfreuen. Diese Frage ist aber um so mehr für uns Oesterreicher, die wir nun eben falls in die Reihe konstitutioneller Völker eintreten, von höchster Bedeutung, als gerade Oesterreichs Regierung bisher es war, welche in Konsequenz ihres früheren absoluten Systems durch ihre Haltung am Bundestage ein wesentliches Hinderniß der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes bei Ihnen war, nimmere aber, nachdem auch bei uns verfassungsmäßiges Recht und Freiheit zur Geltung kommen soll, es uns unmöglich erscheint, daß Oesterreichs konstitutionelle Regierung noch weiter der Herstellung des gestörten Rechtszustandes in Kurhessen hindernd in den Weg trete, da eine freileidige Entwicklung im Innern auf den Grundstufen des Rechts nur dann Wurzel fassen kann, wenn verfassungsmäßiges Recht und Freiheit auch gegen außen geachtet wird. Mögen Sie daher ausahren in Ihrem bewundernswürdigen Kampfe; dem Recht muß endlich, früher oder später, der Sieg zu Theil werden. Nehmen Sie die Versicherung, daß auch in den herrlichen Landen Oesterreichs Männer wohnen, die deutsches Volkethum und Sinn für Recht im Herzen tragen, bei denen das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit ihren deutschen, mit erneuerter Kraft nach Einigung ringenden Brüdern noch nicht erloschen ist, und die das durch die Geschichte so vieler Jahrhunderte geheiligte Band der Brüderlichkeit auch zwischen dem auf den Grundtagen der Freiheit und verfassungsmäßigen Rechts neugefalteten, einigen und kräftigen Oesterreich und dem, so Gott will, einigen und dadurch freien und kräftigen Deutschland nicht zerschneiden, sondern gewahrt und den Bedürfnissen der Zeit entsprechend geregelt wissen wollen. — Wien, den 28. August 1861. Mit ausgezeichneter Hochachtung ergebener Dr. Rechaue, Reichsraths-Abgeordneter für Graz.

**Kassel**, 2. Sept. Nach dem „Fr. Z.“ hat das Oberappellationsgericht in der gegen Dettler gerichteten Anklagesache, in welcher das Kriminalgericht wegen Majestätsbeleidigung eine fünfmonatliche Festungstrafe erkannt, das Obergericht aber den Angeklagten völlig freigesprochen hatte, auf die von der Staatsbehörde ergriessene Nichtigkeitsbeschwerde hin das freisprechende Erkenntnis des Obergerichts bestätigt.

**Northheim**, 31. Aug. Der „Hildesb. Allg. Z.“ schreibt man: Daß so eben Mittags 2 Uhr die Hörner unfer Militär plötzlich zum Ausrücken rufen, würde den Bewohnern unserer

Stadt nicht sehr auffallend gewesen sein; allein plötzlich eilen auch städtische Unterbedienstete durch die Straßen, um Wagen zu requirieren, zuerst bis Osterode, dann nach Klausthal bestimmt. Die Soldaten erhalten scharfe Patronen, und es verbreitet sich das Gerücht von Unruhen auf dem Harz; 250 Mann rücken auf 15 Wagen so eben in großer Eile ab. Das Gerücht geht dahin, es sollen Unruhen aus Anlaß der theuern Preise auf dem Harze sich entsponnen und die Behörde per Telegraph das Militär zur Hilfe gerufen haben.

**Berlin, 31. Aug.** (Hamb. N.) Auch die konstitutionelle, oder, richtiger ausgedrückt, die ministerielle Partei beginnt jetzt sich zu dem nächsten Wahlkampf zu rüsten. Einige hervorragende Männer dieser Partei hatten neulich eine kleine Privatversammlung berufen und einen Mandatplan entworfen; man beschloß, mit einem Programm vorzugehen und eine öffentliche Versammlung zu berufen. Nach den Grundzügen dieses Programmes zu urtheilen, möchte sich dasselbe nicht wesentlich von seinen bisherigen liberalen Vorgängern unterscheiden, und es ist daher leicht anzunehmen, daß der bereits angeregte Gedanke, erforderlichen Falles einen Kompromiß mit den vorgeschrittenen Liberalen einzugehen, mit Erfolg sich ausführen lassen wird.

**Berlin, 3. Sept.** Die zur Feststellung eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Frankreich hier vereinigten Kommissäre haben in den letzten 8 Tagen zwei Sitzungen gehalten. In beiden sollen nur Gegenstände von untergeordneter Bedeutung zur Erörterung gekommen sein. Ueber die Hauptfragen, welche vor mehreren Wochen eine Sioktion der Unterhandlungen veranlaßten, ist bis jetzt noch keine Verständigung erzielt. Zu diesen Fragen soll die Eingangszollverpflichtung der französischen Weine und der französischen Seidenwaaren gehören. [Dadurch würde zugleich eine Berliner Mitteilung der „Allg. Ztg.“ widerlegt, der zufolge der Vertrag bereits zum Abschluß gekommen sein soll.]

**Dresden, 2. Sept.** (Dr. J.) Die von der Plenarversammlung des zweiten deutschen Juristentags gewählte ständige, aus dem Präsidenten des Juristentags und 18 Mitgliedern bestehende Deputation hat einmütig den Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze zu Dresden zu ihrem Präsidenten, den Präsidenten des Appell.-Gerichts zu Dresden, Dr. Schneider, zum Vizepräsidenten, und den Stadtrichter Hiersemenzel zu Berlin zum Schriftführer erwählt. Der Sitz der Deputation wird für das neue Vereinsjahr Dresden sein. Es sind dieses Mal der ständigen Deputation mehrere hochwichtige, das Zivilrecht, den Zivilprozeß und den Strafprozeß betreffende Materien zur Vorberathung und Berichterstattung an das Plenum überwiesen worden.

**Wien, 2. Sept.** Aus Graz geht der „Südd. Ztg.“ eine längere Auseinandersetzung über die Aufgabe der „deutschen Autonomisten in Steiermark“ zu, worin folgendes Programm der Deutschen in Deutsch-Österreich aufgestellt wird:

1) Großösterreich mit einer zentralisirten Regierung und autonomer Verwaltung in allen Königreichen und Ländern. 2) Ausbildung der Februarverfassung nach obigem Grundsatze und zu einem die konstitutionelle Zukunft Österreichs feststellenden Vertrag zwischen Oesterreich und den Wältern. 3) Vereinigung der deutsch-österreichischen Provinzialvertretungen zu einem gemeinschaftlichen Landtag, dem alle jene Attribute zukommen, die jetzt dem engern Reichsrath zugewiesen sind. 4) Ungarn, Siebenbürgen, Galizien, Kroatien, Venetien und Deutsch-Österreich vereinbaren durch Abgeordnete ihrer Landesvertretungen die Reichsvertretung auf Grundlage der Februarverfassung und in der Absicht, eine kräftige, aber mit der Freiheit verträgliche Zentralisation der Regierung nach dem Bedürfnis eines Großstaats zu schaffen. Endlich 5) der etwaigen Absicht der Regierung, das Februarpatent in Ungarn und Kroatien durch Anwendung von Gewalt zur Geltung zu bringen, ist mit allen legalen Mitteln entgegen zu treten; überhaupt aber sind der Regierung in der Finanzfrage durchaus keine Konzessionen zu machen, in so lange das in vorstehenden 4 Punkten enthaltene Programm seiner Wesenheit nach nicht durchgeführt ist.

Die „Südd. Ztg.“ weiß freilich nicht, ob dies in der That das offizielle Programm einer Partei, oder nur eine Privatarbeit ist.

F. M. L. Baron M am u l a verweilt gegenwärtig hier und hatte gestern eine Unterredung mit Hrn. v. Schmerling. Man glaubt, daß er zum Ban von Kroatien ernannt werden soll. Graf Radislaus K a r o l y i, welcher zu einer Berathung von Pesth nach Wien berufen wurde, soll heute früh wieder nach Ungarn zurückkehren. Die Berathung hat gestern Vormittag in der ungarischen Hofkanzlei stattgefunden. — König Otto von Griechenland wird wahrscheinlich nächsten Montag Salzburg verlassen und nach Athen zurückkehren.

### Italien.

**Turin.** Ricasoli ist aus dem Ministerium des Auswärtigen am nächsten Tage nach dem Empfang des neuen französischen Gesandten, Hrn. Benedetti, geschieden. (Er verwalte es vorläufig nur noch interimistisch.) Diese zeitliche Folge wird wohl zugleich auch einen innern Kaufmannszusammenhang bedeuten. Ohne Zweifel ist Kaiser Napoleon nicht gewillt, in Turin zur Zeit Politik in dem Styl treiben zu lassen, wie ihn Ricasoli angeschlagen hat. Darunter ist höchst wahrscheinlich nicht bloß sein bekanntes Rumschreiben über Neapel zu verstehen, sondern auch das Gelächter nach rücksichtsloser Selbsthilfe. Gleichzeitig nämlich trifft die Nachricht ein, daß piemontesische Truppen die Grenzen des Restes des Kirchenstaates an verschiedenen Punkten überschritten haben, daß es an einigen Punkten zu Kämpfen mit der päpstlichen Genbarmerie kam, daß die Franzosen sofort an diese Punkte vorrückten und eine wirkliche Invasion nicht zu dulden erklärten, worauf die Piemontesen sich überall wieder zurückzogen. An einem Punkte (an der toskanischen Grenze) soll angeblich bloß ein „Mißverständnis“ im Spiel gewesen sein. Es ist jedoch ein eigenthümlicher Zufall, daß die offiziöse „Opinion“ unmittelbar vor diesen Invasionsversuchen für ein solches faktisches Einschreiten plaidirte. Wir knüpfen an diese Thatfachen, die man loben oder tadeln mag, kein Ur-

theil; es scheint uns jedoch von Wichtigkeit, sie — so weit bis jetzt zu sehen ist — klar hinzustellen, weil sie ein bedeutsames Licht auf die Situation, namentlich auf das Verhältnis zwischen Turin und Paris, werfen. — Der „G. di Parma“ wird aus Turin vom 26. geschrieben, daß Klapka, Kosluth gegenüber, in höherem Grade das Vertrauen und die Sympathien der französischen und der sardinischen Regierung genieße. Er werde auch „im geeigneten Augenblicke“ das Signal geben. In Pesth, Genf, Paris und selbst in Wien seien gemischte Komitees, die aus Ungarn, Polen, Kroatien und Moldau-Walachen zusammengesetzt sind und in demselben Sinne arbeiten.

**Turin, 2. Sept.** Die „Turin. Ztg.“ theilt folgende Nachricht aus Perugia mit: „Eine Bersaglieri-Patrouille, welche die römische Grenze, in der Nähe von San-Lorenzino, durchkreuzte, hat wahrscheinlich durch einen Führer getäuscht, das päpstliche Gebiet betreten. Es entstand augenblicklich Lärm; aber in Folge der Erklärungen, welche die Offiziere der Patrouille den französischen Offizieren gaben, kehrte die Patrouille wieder auf italienisches Gebiet zurück.“

Hr. Farini, welcher von Deutschland zurückgekehrt ist, ist auf seinem Landgute bei Turin angekommen.

**Turin, 3. Sept.** Der Finanzminister hat das Haus Rothschild in Paris bevollmächtigt, die am 15. Sept. fälligen Einzahlungen des zweiten Zehntels der italienischen Anleihe, unter Vorweisung der Zeugnisse, in Empfang zu nehmen.

**Turin, 4. Sept.** (Sch. M.) Die Mailänder „Perseveranza“ schreibt: Ricasoli wird das Äußere interimistisch beibehalten bis zur Lösung der römischen Frage.

**Rom, 3. Sept.** Gestern Morgen haben 50 Piemontese Epitaffio, an der neapolit. Grenze, angegriffen, wurden aber von päpstlichen Gendarmen zurückgeschlagen und haben sich nach einständigem Feuer zurückgezogen. Epitaffio ist von einer Kompagnie französischer Soldaten besetzt worden. — Am 27. Aug. fand ein Zusammenstoß zwischen Drieto und Botsena statt, in welchem die Verluste einer Kolonne päpstlicher Gendarmen einerseits und piemontesischer Soldaten andererseits unbedeutend waren. — Am 29. Aug. sind viele Piemontesen in San-Lorenzo (Provinz Biterro) angekommen, um sie zu besetzen; aber der französische Befehlshaber an der Grenze veranlaßte sie sofort wieder nach Toscana zurückzumarschieren. (S. Turin.)

**Neapel, 31. Aug.** (Sch. M.) (Ueber Marseille.) Es werden Vorbereitungen zu Festen für den Einzug Garibaldi's getroffen. Die Absetzung Tosani's, des Präsidenten des Kriminalgerichtshofes, hat das Verhältnis zwischen Cialdini und den Garibaldini gebessert.

### Frankreich.

**Paris, 3. Sept.** Wie man versichert, hat Hr. Benedetti sich in Turin Namens seiner Regierung entschieden mißbilligend über das Ricasolische Zirkular vom 24. Aug. ausgesprochen und es als mindestens unzeitgemäß bezeichnet. — Wie Sie sich erinnern werden, hat die Regierung der separatistischen Staaten Amerika's gegen Ausgabe von Papiergeld die Ernte sämtlicher Baumwollpflanzler dieser Staaten angekauft. Nunmehr sind Agenten der genannten Regierung hier eingetroffen, um mit der französischen Regierung wegen Nichtanerkennung der Blokade durch dieselbe zu unterhandeln. Dagegen würde die Regierung von Richmond sich verpflichten, den Bedarf der englischen und französischen Fabriken an Baumwolle zu decken. Die französische Regierung hat sich wegen dieser Angelegenheit, welcher man jenseits des Kanals begreiflicher Weise eine sehr hohe Wichtigkeit beilegt, mit der englischen Regierung bereits in's Eilvernehmen gesetzt, und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß (wie Hampelmann sagen wird) dieser „baumwollenen Frage“ zu Liebe England und Frankreich es mit der Blokade durch die Nordstaaten etwas genauer nehmen werden. — Wie man versichert, ist Baron v. Rothschild und Hr. Perceire vom Kaiser eingeladen worden, nach Biarritz zu kommen, wo sich auch Hr. F o u l d befinden wird. Man bezieht diese Berufung auf irgend eine finanzielle Maßregel. — Die offiziellen Blätter und Agenturen widerlegen heute Abend die Nachricht der „Indep. belge“, daß Hr. v. Persigny für Eröffnung des Generalraths des Voire-Departements eine Rede vorbereitet hatte, welche den Beifall des Kaisers nicht erhielt. — Dem „Pays“ zufolge wäre Hr. Durando der wahrscheinliche Nachfolger des Hrn. Ricasoli im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. — General Türr stellt durch ein an das „Journ. des Deb.“ gerichtetes Schreiben bestimmte in Abrede, daß er sich mit der Prinzessin Wpse Bonaparte vermahlen werde.

### Spanien.

**Madrid, 2. Sept.** Die „Correspondencia“ zeigt an, daß die Cortes den 25. Okt. eröffnet werden. In der Thronrede wird die konstitutionelle Reform im Sinne der Politik der liberalen Union verkündet werden.

### Montenegro.

Nach einer der „Patrie“ zugehenden Depesche haben die Feindseligkeiten in Montenegro begonnen. Abdi Pascha, der Kommandant der 1. türkischen Division, hat sich mit Gewalt des Passes von Awitsch an der Moraka bemächtigt und sollte nach dem Norden des Bezirks Czerminiza vorrücken, wohn sich die Montenegroer zurückgezogen hatten. Nach dem „Pays“ haben sich bei dem ersten Zusammenstoß die Montenegroer in Unordnung zurückgezogen. Die europ. Kommission hat ihre Arbeiten eingestellt und sich nach Ragusa zurückgezogen, um den günstigen Augenblick zur Vermittlung abzuwarten.

**Ragusa, 3. Sept.** (Hrff. Bl.) Vorgehern griffen die Montenegroer die türkischen Bewohner von Podgoriza an, wurden aber zurückgeschlagen. Die türkischen Bewohner in

Podgoriza haben 28 Montenegroern die Köpfe abgeschritten und dieselben Abdi Pascha überbracht.

### Amerika.

Die neuesten Berichte aus Mexiko theilen mit, daß Hr. Dubois de Saligny, der Gesandte Frankreichs in Mexiko, und der britische Gesandte ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Präsidenten Juarez abgebrochen haben, und daß Kriegsschiffe auf der Rhede zu Veracruz angelangt sind.

### Vermischte Nachrichten.

**Karlsruhe, 4. Sept.** Gestern Abend 6 Uhr, als gerade der aus dem Unterlande gefommene Personenzug landaufwärts weiterfahren wollte, schlug der Blitz in das Dach der obern Ausstiegshalle, zerstückte dort die Gasröhre, entzündete das Gas und zerstörte den Telegraphendraht. Der Eisenbahn-Zug konnte seinen Gang alsobald fortsetzen und das Feuer wurde durch sofortige Verstopfung der beschädigten Gasröhre gelöscht. Mehrere Personen standen auf dem Perron, gerade unter der Stelle, in welche der Blitzstrahl schlug, und wurden wohl durch einige Funken getroffen, in keiner Weise aber verletzt. Sie, wie die mit dem Zuge Abreisenden kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Der Telegraphendienst wurde kurz unterbrochen.

**Stuttgart, 4. Sept.** (N. Ztbl.) Seit einigen Tagen weilt der Pferdehändler Bunting aus England hier. Am Sonntag Vormittag legte er erstmals eine Probe seiner Kunst im Karlsruher Reithaus vor dem Prinzen Friedrich, dem Prinzen Weimar und mehreren andern Reiteroffizieren ab. Seine Reitprobe, die aus ganz einfachen, naturgemäßen Mitteln besteht und nur darauf berechnet ist, das Pferd seinen Meister erkennen zu lassen, führt sehr schnelle Resultate herbei. Ganz unartige Pferde, die entweder gar nicht aufsitzen lassen oder die Untugenden des Aufreitens oder des Auschlagens haben, waren in ein paar Minuten lammstumm. Ein Hauptmittel ist das Schneiden der Unterlippe. Wenn ein Pferd gern steigt, wird der Strich, der die Lippe schnürt, unter dem Leib an dem hereingelegenen Schweif befestigt, und es ist auf diese Weise dem Pferd das Steigen nicht mehr möglich. Umgekehrt ist es beim Hintenaus schlagen, wo der Schweif über den Rücken mit dem Lippenstrich gebunden wird. Die wildsten Pferde fangen bald zu zittern an und lassen Alles mit sich machen. Originell ist seine Manier, widerpenstige oder junge Pferde an die Deichsel und das Ziehen zu gewöhnen. Es ist eine einfache Maschine mit vier Rädern, zwischen welche das zu dressirende Pferd gestellt wird und welche ihm das Ausüben jeder Unart unmöglich macht. Diese Maschine wird nur von ein paar andern Pferden gezogen; das eingepferchte Pferd muß unwillkürlich mit und versteht binnen einer Viertelstunde seinen Dienst vollkommen.

**Frankfurt, 2. Sept.** (N. Z.) Auf Requisition der kurfürstlichen Regierung in Hanau wird der Oberstaatsanwalt bei dem hiesigen Zuchtpolizeigericht gegen die Redaktion der „Latene“ Anklage wegen Beleidigung eines deutschen Bundesfürsten erhoben. Der inkrimirierte Artikel ist ein Toast, welcher angeblich an dem letztverstorbenen Geburtstags des Kurfürsten (20. Aug.) in Bad Eoden von einem Kurpfaffen aus das Wohl des Kurfürsten gesprochen worden sein soll. Die Rede, im Namen aller im Auslande lebenden Kurpfaffen gehalten, fängt an: „Wir Alle bedauern den Tag an dem Sr. Königl. Hoheit unser Kurfürst geboren ist — im Auslande verbringen zu müssen.“ Gleichzeitig ist in Kurpfaffen die „Latene“ verboten worden; schon früher wurden einige Nummern des Blattes in Hanau konfiszirt.

Die 11 Personen aus Jggelheim bei Speier, welche wegen der dortigen Händelsfälle (Schließen ins Pfarrhaus und Bernichten der Feldfrüchte einiger Presbyter) verhaftet worden waren, sind wegen Mangels an Beweisen durch Rathesammerbeschluss von der Anklage entbunden und in Freiheit gesetzt worden.

**Hannover.** Nach dem Geschäftsbericht des G u t t a v - A d o l f - Vereins hat derselbe im letzten Geschäftsjahr unterstützt: Eine Gemeinde in Afrika mit 1841 Thln., vier in Amerika mit 354 Thln., zwei in Belgien mit 758 Thln., 339 in Deutschland mit 101,994 Thln., 38 in Frankreich mit 7071 Thln., 12 in Holland mit 684 Thln., 4 in Italien mit 790 Thln., 119 in den österreichischen Staaten mit 32,334 Thln., 39 in den polnischen Distrikten Preußens mit 3741 Thln., eine in Portugal mit 757 Thln., 7 in der Schweiz mit 1050 Thln., 11 in der Türkei, den Donauprovinzen und der Levante mit 4760 Thln.

Für die Wittve des verunglückten Bahnwärter Jos. Wehrlein aus Muggensturm sind (laut Karlsruhe'ger Zeitung Nr. 207) bei und eingegangen: 91 fl. 51 kr. Seitdem weiter: Von Ungenannt 2 fl.; von Ungenannt 3 fl. Zusammen 96 fl. 51 kr.

Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit.

Karlsruhe, den 4. September 1861.

Expedition der Karlsruhe'ger Zeitung.

Beim Pfarramt Muggensturm ging für die Wittve des verunglückten Bahnwärter J. Wehrlein ein: Von Bankier Ungerer 5 fl.; als Dank für eine geleihete Ernte 10 fl.; von Renschen 40 fr.; von einem Präf. 2 fl.; von Rastatt durch Hrn. Kapl. Neuschling 1 fl. Zusammen 18 fl. 40 fr.

Muggensturm, den 3. Sept. 1861. G e h r, Pfverwo.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 6. Sept. 3. Quartal. 89. Abonnementsvorstellung. **Wilhelm Tell**; Schauspiel in 5 Akten, von Schiller. „Attinghausen“: Hr. Rebe, und „Stauffacher“: Hr. Bürde, als Gäste.

Sonntag, 8. Sept. 3. Quartal. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. **Der Verschwendter**; Originalzaubermärchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten, von Kaimund; Musik von Konradin Kreuzer. „Valentin“: Hr. Rebe, als Gast.

Montag, 9. Sept. 3. Quartal. 90. Abonnementsvorstellung. Zur Feier des allerhöchsten Geburtstages Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, mit festlich beleuchtetem Hause, zum ersten Mal: **Idomeneus, König von Kreta**; große Oper in 3 Akten. Musik von Mozart.

